

STAATSKAPAZITÄT, NATIONALE INTEGRATION UND ZIVILGESELLSCHAFT

Das theoretische Konzept „Zivilgesellschaft“ vergleicht man manchmal mit dem Konzept „politische Kultur“. Beide werden bezeichnet als „Konzeptionen für alles und nichts“, deswegen bezweifeln viele Wissenschaftler ihre Nützlichkeit in den Sozialwissenschaften.¹ Untersuchungen über die Zivilgesellschaft im Westen haben dazu geneigt, die Beziehungen zwischen der Zivilgesellschaft einerseits und dem Staat und der Staatsbürgernation andererseits herunterzuspielen. Für das postkommunistische Europa wurde dann allerdings Zivilgesellschaft als soziale Bewegung und als alternative Gesellschaft im Gegensatz zum Staat gesehen.² Die folgenden Ausführungen legen dar, daß in der postkommunistischen Welt der unabhängigen Nationalstaaten keiner dieser Ansätze haltbar ist. Zivilgesellschaft steht in enger Wechselwirkung sowohl mit dem Staat (d.h. mit der Staatskapazität und der Staatsbildung) als auch mit der Integration der nationalen Gemeinschaft (d.h. mit Nationsbildung, politischer Kultur und Identität). Unter Staatskapazität wird hier die Fähigkeit staatlicher Institutionen verstanden, Regeln für Politik und Gesellschaft festzulegen und ihre Durchsetzung sicherzustellen. Der folgende Beitrag untersucht, wie eine schwache Staatskapazität und nationale Identität die Zivilgesellschaft in der Ukraine negativ beeinflussen.

In Staaten auf dem Wege zur Demokratie gibt es viele Bürger, die misstrauisch sind gegenüber politischen Parteien und dem Parlament, sie haben nur geringes Vertrauen zu den demokratischen Institutionen und sind unzufrieden mit ihrer Leistung. Noch für eine lange Zeit, nachdem Griechenland, Spanien und Portugal das autoritäre Regime überwunden hatten, war ein großer Teil der Bürger mit dem demokratischen System unzufrieden. Alle diese drei Staaten verfügten im Gegensatz zur Ukraine über Staatskapazität.

In den neuen und nicht konsolidierten Demokratien des postkommunistischen Europa gibt es in der Regel keine oder nur wenige effektive politische Parteien, unabhängige Gewerkschaften, keine nationale Bourgeoisie, die eine die Gesellschaft einende Vision anzubieten hat, keine stabile herrschende Klasse oder klar identifi-

1 Salvador Giner, *Civil Society and its Future*, in: John A. Hall (Hg.), *Civil Society, Theory, History, Comparison*, Cambridge, Polity Press 1996, S. 301–325.

2 Krishan Kumar, *Civil Society: An Inquiry Into the Usefulness of an Historical Term*, in: *British Journal of Sociology*, Bd. 44, 3, 1993, S. 375–395.

zierbare politischen Kräfte. Der Staat und die Zivilgesellschaft sind beide schwach.³ Zum institutionellen Zentrum der Zivilgesellschaft gehören fünf Bereiche, die alle in der Ukraine weithin fehlen:⁴ eine begrenzte und rechenschaftspflichtige Regierung, Rechtsstaatlichkeit, eine Marktwirtschaft mit Privateigentum, freie und freiwillige Assoziationen sowie eine öffentliche Debattenkultur.⁵ Während der Staat die Grenzen für die Wirkungssphäre der Zivilgesellschaft festlegt, definiert diese ihrerseits die Grenzen dessen, was der Staat tun kann. Eine derartige bilaterale Beziehung ist natürlich nur in reifen konsolidierten Demokratien möglich, wozu die Ukraine nicht gehört.

Die folgenden Ausführungen behandeln in einem ersten Teil politikwissenschaftlich theoretisch die Rolle der *Staatskapazität* und der *nationalen Integration* für die Formierung der Zivilgesellschaft. Die folgenden Abschnitte wenden sich den praktisch-politischen Aspekten in der Ukraine zu. Erörtert werden *die nationale Integration und die Schaffung einer Wertegemeinschaft*. Es folgt eine kritische Auseinandersetzung mit der Idee einer *kosmopolitischen Staatsbildung* sowie dem Konzept eines „*Dritten Weges*“. Der letzte Abschnitt analysiert den *amorphen Zentrismus* als Hindernis auf dem Weg zu einer Zivilgesellschaft.

STAATSKAPAZITÄT

Bei der Diskussion über die Zivilgesellschaft muß als eine wichtige Voraussetzung ein funktionierender Staat bedacht werden, denn schwache Staaten sind eine Bedrohung für demokratische Konsolidierung.⁶ Carothers glaubt, „nichts lähmt die Entwicklung zur Zivilgesellschaft so wie ein schwacher, lethargischer Staat“.⁷

Oppositionsbewegungen in kommunistischen Regimen stellten sich dem autoritären oder totalitären Staat entgegen, weil dieser die Zivilgesellschaft unterdrückte. Das totalitäre Erbe in der Ukraine hat erheblichen Einfluß auf die postkommunistische Transition. Der Totalitarismus verschmolz Staat und Gesellschaft in einer neuen Ordnung, und sein zentrales Projekt war die Unterdrückung der Zivilgesellschaft.⁸ Das unbegrenzte Regieren des Totalitarismus ist mit einer Zivilgesellschaft

3 Adam Przeworski, *Sustainable Democracy*, Cambridge, Cambridge University Press, 1995 und J. A. Hall, *In Search of Civil Society*, in: Hall (Hg.), S. 1–31.

4 Edward Shils, *The Virtue of Civil Society*, in: *Government and Opposition*, Bd. 26, 1, 1991, S. 4.

5 Victor Peez-Diaz, *The Possibility of Civil Society: Traditions, Characteristics and Challenges*, in: J.A. Hall (Hg.), S. 80–109.

6 Sarah Birch, *Nomenklatura Democratization: Electoral Clientelism in Post-Soviet Ukraine*, in: *Democratization*, Bd. 4, 4, 1997, S. 40.

7 Thomas Carothers, *Civil Society*, in: *Foreign Policy*, 117, 1999–2000, S. 26.

8 *Totalitarianism, Reform and Civil Society*, in: John Gray, *Post-Liberalism. Studies in Political Thought*, London, Routledge, 1993, S. 157.

inkompatibel. Die UdSSR konstruierte einen totalitären Staat, dem vom Anspruch her nur China ähnlich war. Autoritäre Regime (wozu das äußere sowjetische Imperium der Staaten des Warschauer Paktes nach 1953 weithin gehörte) haben niemals Zivilgesellschaft im gleichen Ausmaß unterdrückt und damit die postkommunistische politische und wirtschaftliche Transition weniger schwierig gemacht. Der sowjetische Totalitarismus kannte keinen Markt und keine Rechtsstaatlichkeit; er legitiimierte sich durch die marxistisch-leninistische Ideologie.

Gesellschaften, die aus dem sowjetischen Totalitarismus hervorgehen, müssen mit einem schwierigeren Erbe fertig werden als die Gesellschaften, die zuvor von autoritären Regimes in Lateinamerika, Ostmittel- und Südosteuropa regiert wurden. In all diesen drei Regionen ist die Zivilgesellschaft nicht vollständig zerstört worden, weil es hier keine totalitären Regime gegeben hat. In jenen Regionen der früheren UdSSR, wo die Zivilgesellschaft niemals gänzlich unterdrückt gewesen ist, wie in den drei baltischen Staaten und der Westukraine, regenerierte sich die Zivilgesellschaft relativ schnell. In anderen Regionen, wo sie niemals zuvor existiert hatte, oder die Erinnerung an sie seit langem verloren gegangen war, entsteht Zivilgesellschaft heute neu.⁹ Die Transition in den drei baltischen Staaten und der Westukraine ähnelt deshalb derjenigen in Ostmitteleuropa. In diesen vier Fällen erlitt die kommunistische Partei bei den Wahlen zu den Republikparlamenten im März 1990 eine schwere Niederlage und konnte ihre Position bei den nachfolgenden Wahlen nicht wiederherstellen.¹⁰

In der postkommunistischen Ära steht die Zivilgesellschaft nicht automatisch in Opposition zum neuen unabhängigen Staat. „Die Zivilgesellschaft kann und sollte den Staat herausfordern, irritieren und manchmal sogar sich gegen ihn stellen. Aber Zivilgesellschaft und Staat brauchen einander und sie entwickeln sich im Tandem, nicht der eine auf Kosten des anderen“, glaubt Carothers.¹¹ Eine kräftige Zivilgesellschaft kann nicht vor einem funktionierenden demokratischen Gemeinwesen entstehen, in dem politische Aktivität und politische Debatte stattfinden.¹² Dies erfordert seinerseits, daß der Staat über die Kapazität verfügt, Politik zu implementieren, den Bürgern Leistungen zur Verfügung zu stellen und Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen. Es ist umso erstaunlicher, daß die umfangreiche Literatur zur sogenannten „Transitologie“ erst kürzlich akzeptiert hat, daß Demokratisierung und Markt-

9 Post-Totalitarianism, Civil Society and the Limits of the Western Model, in: ebd., S. 202–215.

10 Siehe Kapitel 7 in: Taras Kuzio, *Ukraine. Perestrojka to Independence*. Zweite Aufl., London, Macmillan, 2000, S. 128–157.

11 Thomas Carothers, (Anm. 7), S. 27.

12 Krishan Kumar, (Anm. 2), S. 391.

formen in postkommunistischen Ländern ohne ausreichende Kapazität des Staates nicht vorankommen.¹³

Przeworski weist darauf hin, daß Staatsbürgerschaft nur dort ausgeübt werden kann, wo Rechtsstaatlichkeit durchgesetzt wird und wo die Obrigkeit willens und fähig ist, Rechte zu schützen. Nur in einem effizienten Staat kann also Staatsbürgerschaft verwirklicht werden. Ohne Rechtsstaatlichkeit und Staatskapazität dürfte es schwer sein, eine Zivilgesellschaft aufzubauen. In der Ukraine sind sowohl der Staat als auch die Zivilgesellschaft schwach, und „... die Ukrainer drängen weder auf Wandel noch stellen sie sich ihm aktiv entgegen“.¹⁴ Diese duale Beziehung zwischen Bürgern und Staat erklärt Przeworski folgendermaßen: „Zwischen Staat und Bürger müssen gegenseitige Verpflichtungen definiert werden. Wenn der Staat einerseits nicht die Rechte und Verantwortlichkeiten der Staatsbürgerschaft durchsetzt, und wenn andererseits die Bürger sich nicht organisieren, um ihre Rechte wirksam durchzusetzen und den Staat zu zwingen, seine Verantwortlichkeiten wahrzunehmen, dann wird das Konzept der Staatsbürgerschaft selbst unwirksam.“¹⁵

Wegen der schwachen Staatskapazität wird der Rechtsstaat in den postkommunistischen Ländern ungleichmäßig durchgesetzt. Ein ineffizienter Staat, unfähig die sozio-ökonomischen Rechte, wie sie in der Verfassung und in der Gesetzgebung festgelegt sind, zu garantieren (geschweige denn Löhne und Sozialleistungen rechtzeitig zu zahlen), koexistiert mit regionalen Klans und Oligarchen. Die Effektivität von Institutionen beeinflusst „das Vertrauen zwischen Bürgern und Führungspersonen, die gemeinsamen Aspirationen der politischen Gemeinschaft, die gemeinsame Sprache“ und die Werte, die den Staat und die Gesellschaft untermauern.¹⁶

Viele postkommunistische Staaten, insbesondere auf dem Territorium der früheren UdSSR, vollziehen Staats- und Institutionenbildung, nachdem sie unabhängige Staaten geworden sind. Die Staaten sind deshalb noch schwach und es fehlt ihnen an Staatskapazität.¹⁷ Der Aufbau von Staatskapazität und die Verbesserung der Leistung der Institutionen und ihrer Fähigkeit, Politik durchzusetzen, sind wichtig für die Zivilgesellschaft, weil der Staat einen gesetzlichen Rahmen bereit zu stellen vermag, eine rechtsstaatliche Ordnung und Steuervorteile. Die Zivilgesellschaft ist robuster in jenen früheren kommunistischen Staaten, die über eine größere Staatskapazität und nationale Integration verfügen, wie z.B. Polen, Ungarn und die Tsche-

13 Siehe Juan J. Linz/Alfred Stepan, *Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America and Post-Communist Europe*, Baltimore, John Hopkins University, 1996.

14 Matthew Kaminski, *Slow to Reform Ukraine Irks IMF*, in: *Financial Times*, 9.1.1996.

15 Adam Przeworski, (Anm. 3), S. 35.

16 James March/Johan Olsen, *Rediscovering Institutions: The Organizational Basis of Politics*, New York, Free Press, 1989, S. 159.

17 Siehe Kapitel 4 in: P. D'Anieri/R. Kravchuk/T. Kuzio, *Politics and Society in Ukraine*, Boulder, CO, Westview, 1999, S. 90–140.

chische Republik. Shils stellt fest: „Zivilgesellschaft erfordert, daß der Staat (oder die Regierung) hinsichtlich des Umfangs seiner Aktivitäten begrenzt ist und daß er dem Gesetz unterworfen ist, aber daß er effizient ist bei der Durchsetzung jener Gesetze, die den Pluralismus der Zivilgesellschaft und deren notwendige Freiheiten schützen.“¹⁸

Demokratisierung und die Schaffung einer Marktwirtschaft vollziehen sich in postkommunistischen Staaten wie der Ukraine gleichzeitig mit Staats- und Nationsbildung (mit anderen Worten es handelt sich um eine „vierfache Transition“).¹⁹ Leonid Shklar glaubt, daß „der Prozeß der Nationsbildung in der Ukraine nach wie vor einen prominenten Platz in der ideologischen Doktrin der Machtelite unabhängig von ihrer Orientierung einnimmt“.²⁰ Larysa Nahorna fügt hinzu, daß „für die Ukraine das Problem der Selbstidentifikation umso schwerwiegender ist, weil es gleichzeitig mit dem Wandel in den Mechanismen der sozio-ökonomischen Beziehungen bewältigt werden muß“.²¹

Eine umfassende „vierfache Transition“ gab es weder in Lateinamerika, noch in Südeuropa oder in den meisten Staaten des früheren sowjetischen äußeren Imperiums.²² Die Zivilgesellschaft in der Ukraine entwickelt sich von einem niedrigen Niveau aus und unter den Bedingungen einer politischen Kultur, die jahrhundertlang durch das Imperium und jahrzehntlang durch den Totalitarismus verformt worden ist. Die einzige Ausnahme davon ist die Westukraine. Hier wie in den drei baltischen Staaten gibt es die Erinnerung an die Zivilgesellschaften der Zwischenkriegszeit sowie das Erbe der Zivilgesellschaft in Galizien, der Bukowina und in Transkarpatien aus der Zeit der Donaumonarchie.

NATIONALE INTEGRATION

Staat und Zivilgesellschaft sind innerhalb eines politischen Gemeinwesens durch die Verfassung, Werte und Traditionen miteinander verbunden. Für Shils sichert das nationale Gemeinwesen die Kohäsion, die für eine Zivilgesellschaft notwendig ist. Die Verfassung und Traditionen einer Gemeinschaft sind niemals ausschließlich

18 Edward Shils, (Anm. 4), S. 9.

19 Siehe T. Kuzio, Ukraine. A Four-Pronged Transition, in: T. Kuzio (Hg.), Contemporary Ukraine. Dynamics of Post-Soviet Transition, Armonk N.Y., M. E. Sharpe, 1998, S. 165–180 und The National Factor in Ukraine's Quadruple Transition, in: Contemporary Politics, Bd. 6, 2, 2000, S. 143–164.

20 L. Shklar, Ethnonational Aspects of National State Development in Ukraine, in: International Journal of Sociology, Bd. 29, 3, 1999, S. 49.

21 L. Nahorna, Ukrajin's'ka polityčna nacija: Linii rozlamu i konsolidacii, in: Viče, 1, 2000, S. 132.

22 Richard Sakwa, Democratic Change in Russia and Ukraine, in: Democratization, Bd. 1, 1, 1994, S. 43.

staatsbürgerlich orientiert, weil ausschließlich staatsbürgerliche Staaten lediglich in der Theorie, nicht aber in der Praxis existieren. Die Traditionen eines Gemeinwesens sind mitbestimmt von ethno-kulturellen Attributen und Werten.

Brown argumentiert, daß die Nation vom Staat erfunden wurde und in der Zivilgesellschaft imaginiert wird.²³ Die Termini „Nation“ und „Volk“ (beide werden im Ukrainischen häufig mit „narod“ übersetzt) werden synonym gebraucht wegen des Doppelterminus Staats-Nation.²⁴ Das Sein als Nation ist untrennbar vom politischen Bewußtsein. Wenn wir von Volkssouveränität sprechen, beziehen wir uns auf Staat-Volk-Zivilgesellschaft. Wenn wir vom Volk sprechen, dann geht es um Identität, und wir beziehen uns auf die Nation und die Gemeinschaft.²⁵

Die Legitimität in einer pluralistischen, zivilen Gesellschaft hängt von der Verbundenheit der Mehrheit der Bürger mit den Institutionen des Staates und der nationalen Gemeinschaft ab.²⁶ Eine schwache Zivilgesellschaft bedeutet Mangel an bürgerlichem Engagement und sozialem Vertrauen, die politische Gemeinschaft und Staatsbürgerschaft zusammenhalten.²⁷ Denn Zivilgesellschaft ist eine moralische Gemeinschaft zur Förderung des Gemeinwohls, Faktoren, die eindeutig in post-kommunistischen Staaten wie der Ukraine fehlen, wo es keinen Konsens über die Definition von Gemeinwohl gibt.

Zivilgesellschaft und nationale Integration sind deshalb eng miteinander verbunden, weil liberale Demokratien in Nationalstaaten wurzeln, die primordiale Züge tragen (z.B. Geschichte, Staatsbürgerschaft, gemeinsame Werte). Wenn diese primordialen Klammern ignoriert werden, ist es unmöglich, über die Konstruktion von Gemeinschaften zu theoretisieren, die durch Vertrauen, Traditionen und Werte miteinander verbunden sind. Diese primordialen ethno-kulturellen Klammern binden eine Zivilgesellschaft in einer Weise, die unmöglich wäre in ausschließlich staatsbürgerlich orientierten Staaten, die ihr Fundament nur in partizipatorischer Politik haben.²⁸

23 David Brown, *Why Is the Nation-State so Vulnerable to Ethnic Nationalism?*, in: *Nations and Nationalism*, Bd. 4, 1, 1998, S. 6.

24 Jürgen Habermas, *The European Nation-State – Its Achievements and Its Limits. On the Past and Future of Sovereignty and Citizenship*, in: Gopal Balakrishnan/Benedict Andersen (Hg.), *Mapping the Nation*, London, Verso, 1996, S. 282 und B. Andersen, *Imagined Communities*, London, Verso, 1991, S. 135.

25 Bernard Yack, *The Myth of the Civic Nation*, in: Ronald Beiner (Hg.), *Theorizing Nationalism*, New York, State University of New York, 1999, S. 110–111. Siehe auch: T. Kuzio, *The Myth of the Civic State*. Aufsatz für die Association for the Study of Nationalities Annual Conference, Columbia University, New York, 11.–13.4.2000.

26 Edward Shils, (Anm. 4), S. 16.

27 Thomas Carothers, (Anm. 7), S. 21.

28 Adam B. Seligman, *Animadversions Upon Civil Society and Civic Virtue in the Last Decade of the Twentieth Century*, in: Hall (Hg.), (Anm. 1), S. 214–215.

Die Umwandlung der lokalen in die nationale Identität ist Teil der Nationsbildung und trägt zur Stärkung der Zivilgesellschaft bei.²⁹ Dies gilt für die Ukraine ebenso wie für andere Länder.³⁰ Aber dieser Wandel erfolgt nicht automatisch. Als die UdSSR zerfiel, verlor eine große Zahl von ukrainischen Bürgern ihre sowjetische und sowjetukrainische Identität und fiel zurück in lokale Identitäten, weil ethnische fehlten. Mit der Zeit kann Nationsbildung diese lokalen Identitäten in staatsbürgerliche ukrainische Identitäten umwandeln. Vorläufig hält die Fortexistenz lokaler Identitäten eine große Anzahl von Bürgern davon ab, sich mit anderen in einem integrierten nationalen Gemeinwesen zu engagieren.³¹ Die Schwäche der nationalen Integration behindert die Entstehung einer Zivilgesellschaft, die sowohl alle Regionen des Landes umfassen als auch die Bürger mobilisieren kann. Gemeinsame Identität und Gruppensolidarität werden deshalb den Umfang kollektiver Aktionen beeinflussen. Sobald kollektive Mobilisierung stattfindet, bestärkt dies seinerseits Identität und Vertrauen zwischen den Bürgern. Kulturelle und soziale Identität sind deshalb in einer Weise miteinander verbunden, die vergleichbar ist mit der Integration der Nation und des Staates in Nationalstaaten.³²

Nationale Identität beruht auf Zugehörigkeit, glaubt Kymlicka, und die Sozialisierung von Bürgern in einer neuen, gemeinschaftlichen und einheitlichen Bürgerkultur ist wichtig bei der Formierung einer Zivilgesellschaft. Dies reflektiert die enge Beziehung zwischen Demokratisierung, Nation und Staatsbildung.³³ Rustow und Gellner haben argumentiert, daß Demokratien nur dann funktionieren, wenn die Menschen eine Bürger-Nation sind mit einem gemeinsamen Verständnis von politischer Loyalität, kultureller Homogenität und gemeinsamer Ethnizität.³⁴ Gellner definiert den idealen Kandidaten für eine Zivilgesellschaft als einen „modularen Menschen“, der gleichzeitig kulturell und politisch ist. Zivilgesellschaft und Nationalität sind „Abkömmlinge der gleichen Kräfte“.³⁵ Der „modulare Mensch“ macht Zivilgesellschaft und Pluralismus in einer Gemeinschaft möglich. Diese Person ist nicht

29 Nicos Mouzelis, *Modernity, Late Development and Civil Society*, in: Hall (Hg.), (Anm. 1), S. 237.

30 Siehe Kapitel 5, in: T. Kuzio, *Ukraine. State and Nation Building*, London, Routledge, 1998, S. 144–166. und *Ukraine's Post-Soviet Transition: A Theoretical and Comparative Perspective*, Arbeitspapier für die Konferenz „Problems of Development of Ukraine Since Independence – In the Light of Western Theories“, University of Toronto, 4.–6.11.1999.

31 David B. Knight, *Identity and Territory: Geographical Perspectives on Nationalism and Regionalism*, in: *Annals of the Association of American Geographers*, Bd. 72, 4, 1982, S. 516.

32 Jean L. Cohen, *Strategy or Identity: New Theoretical Paradigms and Contemporary Social Movements*, in: *Social Research*, Bd. 52, 4, 1985, S. 663–716.

33 Will Kymlicka, *Multicultural Citizenship*, Oxford, Clarendon Press, 1995, S. 18.

34 Ebd., S. 52.

35 Ernest Gellner, *The Importance of Being Modular*, in: John A. Hall (Hg.), (Anm. 1), S. 46 und Dankwart A. Rustow, *Transitions to Democracy: Towards a Dynamic Model*, in: *Comparative Politics*, Bd. 2, 3, 1970, S. 337–363.

mehr länger „an eine soziale Nische gebunden, sondern an eine kulturell definierte Gemeinschaft“.³⁶

Mitgliedschaft in der Bürger-Nation gehört deshalb begrifflich zusammen mit jener in der Zivilgesellschaft. Bürger gelten automatisch als Mitglieder der Bürger-Nation, in der eine (oder im Falle einiger Länder wie Belgien und Kanada zwei) ethno-kulturelle Gruppe eine Vorrangstellung gegenüber allen anderen einnimmt und den Staat definiert durch Geschichtsschreibung, Symbole und Kultur.³⁷

Dies ist schwer zu erreichen in postkommunistischen Staaten wie der Ukraine, wo mehr als 30% der Bevölkerung Identitäten haben, die sowohl territorial ukrainisch als auch kulturell ostslawisch, eurasisch oder sowjetisch sind. Ohne das Vorhandensein einer Bürger-Nation, so glaubt Shils, kann es einfach keine Zivilgesellschaft geben, weil es kein „kollektives Selbstbewußtsein“ und wenig Anteilnahme am Gemeinwohl gibt. „Anteilnahme an der eigenen Nation bestärkt die Anteilnahme am Gemeinwohl.“³⁸ Ein derartiges nationales Kollektiv ermöglicht die Effizienz der Verfassung und der Gesetze, die von wesentlicher Bedeutung für die Zivilgesellschaft sind, die „eine der institutionellen Manifestationen der Nation ist“.³⁹

Shils argumentiert: „Das entscheidende Kollektiv innerhalb des Nationalstaates ist die dominante Nation.“⁴⁰ In der Ukraine ist das „entscheidende Kollektiv“ nicht geeint und kann deshalb nicht, um in Gramscis Worten zu sprechen, der Gesellschaft kulturelle Homogenität aufprägen oder eine robuste Zivilgesellschaft ausbilden. Eine fraktionierte Titularnation – das Erbe des jahrhundertelangen Imperiums – kommt deshalb zu den Schwierigkeiten einer schwachen Staatskapazität hinzu – das Erbe aus Jahrzehnten des Totalitarismus –, so daß es nur wenige „modulare Menschen“ und eine schwache Zivilgesellschaft gibt. Die nationale Wiedergeburt der Kultur, Sprache und Geschichte als die Gefäße der „gemeinschaftlichen Erinnerung“ sind deshalb wesentliche Komponenten bei der Ausbildung eines Staates und einer Zivilgesellschaft.⁴¹

Liberalen Demokratien erfordern nicht nur ein hohes Niveau an Information über öffentliche Angelegenheiten. Sie setzen auch einen Sinn für gemeinsame Bürger-Verantwortung voraus und eine Kapazität für gemeinsame Werte im Rahmen einer politischen Gemeinschaft. Diese Gemeinschaft teilt eine Reihe gemeinsamer Werte, die Verantwortung und Vertrauen fördern.⁴² Ohne eine Wertegemeinschaft kann es keine politische Gemeinschaft und deshalb keine Zivilgesellschaft geben. Die Wer-

36 Ebd., S. 54.

37 Edward Shils, (Anm. 4), S. 93, 100 and 106.

38 Ebd., S. 116.

39 Ebd., S. 111.

40 Ebd., S. 116.

41 Edward Said, *Culture and Imperialism*, London, Vintage, 1994, S. 256, 259–260.

42 Gabriel A. Almond/Sidney Verba, *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton N.J., Princeton University Press, 1963, S. 10–11.

tegemeinschaft sichert die Kohäsion der Zivilgesellschaft durch die Sicherstellung einer Gemeinschaft des Vertrauens und der zusammenbindenden Identität.⁴³ Miller argumentiert: „Vertrauen erfordert Solidarität nicht nur innerhalb von Gruppen sondern über sie hinaus, und dies seinerseits hängt von einer gemeinsamen Identität ab, die allein die Nationalität zur Verfügung stellen kann.“⁴⁴ Ohne die *Fraternité* der Französischen Revolution kann sich keine Zivilgesellschaft in liberalen Demokratien organisch ausbilden.⁴⁵

NATIONALE INTEGRATION UND DIE SCHAFFUNG EINER WERTEGEMEINSCHAFT

Ohne Staatskapazität und nationale Integration ist es unwahrscheinlich, daß die Ukraine in der Lage sein wird, eine robuste Zivilgesellschaft auszubilden.⁴⁶ Regierungsprogramme zur Schaffung einer Zivilgesellschaft auf der Basis eines „einzigen geistigen Raumes“ bleiben schwach, schlicht konzipiert und konfus.⁴⁷ Politische Kultur, Identität, Wertegemeinschaft, Zivilgesellschaft und Demokratisierung hängen miteinander zusammen.⁴⁸ Mangelnde nationale Integration und Verfall der poli-

43 Die Literatur dazu ist umfangreich. Siehe z.B.: C. W. Casinelli, *The National Community*, in: *Polity*, Bd. 2, 1, 1969, S. 16; Walker Connor, *Nation-Building or Nation-Destroying?*, in: *World Politics*, Bd. 24, 3, 1972, S. 353; Bhikhu Parekh, *Discourses on National Identity*, in: *Political Studies*, Bd. 42, 3, 1994, S. 501–502; B. Parekh, *Cultural Pluralism and the Limits of Diversity*, in: *Alternatives*, Bd. 20, 4, 1995, S. 436–437 und Margaret Canovan, *Nationhood and Political Theory*, Cheltenham, Edward Elgar, 1996, S. 28–29. David Easton hat diesen Zusammenhang ebenfalls in seinen Artikeln verfolgt: *An Approach to the Analysis of Political Systems*, in: *World Politics*, Bd. 9, 3, 1957, S. 383–400; *A Re-Assessment of the Concept of Political Support*, in: *British Journal of Political Science*, Bd. 5, 4, 1975, S. 435–457 und *Theoretical Approaches to Political Support*, in: *Canadian Journal of Political Science*, Bd. 9, 3, 1976, S. 431–448.

44 David Miller, *On Nationality*, Oxford, Clarendon Press, 1997, S. 140.

45 Siehe Kapitel 7, in: Robert A. Nisbet, *The Quest for Community*, Oxford, Oxford University Press, 1953, S. 153–188 und A. D. Smith, *National Identity*, London, Penguin, 1991, S. 76.

46 Adam Czarnota, *Constitutional Nationalism, Citizenship and Hope for Civil Society in Eastern Europe*, in: Aleksandr Pavkovic/Halyna Kosharsky/A. Czarnota (Hg.), *Nationalism and Postcommunism. A Collection of Essays*, Aldershot, Dartmouth, 1997, S. 99. Siehe auch: Oksana Prisiajniouk, *The State of Civil Society in Independent Ukraine*, in: *Journal of Ukrainian Studies*, Bd. 20, 1–2, 1995, S. 161–176.

47 Urjadovjy kurjer, 31.7.1997.

48 Evhen I. Golovakha/Natalya V. Panina (Hg.), *The Development of a Democratic Political Identity in Contemporary Ukrainian Political Culture*, in: Russell F. Farnen (Hg.), *Nationalism, Ethnicity, and Identity. Cross National and Comparative Perspectives*, New Brunswick (N.J.), Transaction Publishers, 1994, S. 425; F.M. Rudyč et al., *Polityčna systema sučasnoji Ukrajinjy: Osoblyvosti stanovlennja, tendencii rozvytku*, Kyjiv, Parliamentary Publishers, 1998, S. 212; Volodymyr Bojtenko, *Nacija – etnos čy socium*, in: *Den'*, 21.1.1999.

tischen Gemeinschaft führen zu einer Schwächung der Demokratie und der Zivilgesellschaft.⁴⁹ Demokratisierung unter den Bedingungen einer schwachen Staatskapazität und nationalen Integration erschwert die politisch-ökonomische Transition. So sind die Ursprünge des sultanartigen, autoritären Regimes im benachbarten Belarus von Eke und Kuzio auf die schwache nationale Identität und deren Konsequenz für die Zivilgesellschaft zurückgeführt worden.⁵⁰

Ende der 1990er Jahre kritisierte eine ukrainische Wissenschaftlerin den fortbestehenden Mangel an nationaler Integration hinsichtlich der Identität, des Bewußtseins und der Werte und forderte eine nationale Idee, die Staatlichkeit, Patriotismus, Solidarität, Spiritualität, verfassungsmäßige Stabilität und zivilisierten Frieden miteinander verbindet. Sie beklagte die Tatsache, daß der ukrainischen Gesellschaft „ihre eigene Theorie der politischen Nation, ausgearbeitet nach national-territorialen, national-staatlichen, national-ethnischen und national-kulturellen Aspekten“ nach wie vor fehlt.⁵¹

Nach der Wahl von Präsident Kutschma im Juli 1994 erkannten führende Berater, daß der Ukraine eine Zivilgesellschaft fehlte, die sie selbst definierten als eine Ordnung, „wo die Mehrheit der Bürger für ein System allgemeiner Werte, eine moralische Basis... eintritt...“⁵² Konkurrierende Ideen, Werte und Identitäten hindern die Zivilgesellschaft, im Sinne von Gramsci, eine Hegemonie zu errichten und aufrechtzuerhalten.⁵³ Die zivile und politische Gesellschaft wird durch unterschiedliche regionale, Klan- und oligarchische Gruppen in Frage gestellt, die miteinander um Ämter und Privilegien konkurrieren mit wenig Rücksicht auf das Gemeinwohl. Die Elite in Donezk nimmt eine größere kulturelle Ähnlichkeit und mehr positive Gefühle zwischen sich und den Russen in Rußland wahr als zwischen sich und den Ukrainern aus der Westukraine.⁵⁴ 75% der Bevölkerung glaubten, daß die ukrainische Führung ihrem Schicksal gegenüber indifferent ist.⁵⁵ In einer solchen Umgebung mit konkurrierenden Visionen und fehlenden staatlichen politischen Maßnahmen ist es schwierig für eine politische Nation und Zivilgesellschaft, sich zu ent-

49 Pierre Manent, *Democracy Without Nations?*, in: *Journal of Democracy*, Bd. 8, 2, 1997, S. 95.

50 Siehe Stephen Eke/Taras Kuzio, *Sultanism in Eastern Europe. The Socio-Political Roots of Authoritarian Populism in Belarus*, in: *Europe-Asia Studies*, Bd. 52, 3, 2000, S. 523–547.

51 L. Nahorna, *Ukrajins'ka polityčna nacija*, (Anm. 21), S. 145. Siehe auch: F.M. Rudyč et al., *Polityčni struktury ta procesy v sučasnij Ukrajinі*, Kyjiv, Naukova Dumka, 1995, S. 60.

52 Dmytro Vydryn/Dmytro Tabačnyk, *Ukrajina na porozi XXI stolittja. Polityčnyj aspekt*, Kyjiv, Lybid', 1995, S. 10.

53 Krishan Kumar, (Anm. 2), S. 382 und E. Said, *Orientalism. Western Conceptions of the Orient*, London, Penguin, 1995, S. 6.

54 Siehe Stephen Shulman, *The Cultural Foundations of Ukrainian National Identity*, in: *Ethnic and Racial Studies*, Bd. 22, 6, 1999, S. 1011–1036.

55 F. M. Rudyč et al., (Anm. 51), S. 33.

entwickeln, wenn es keine allgemein akzeptierten Werte gibt, für die geworben wird, um die Mehrheit der Bevölkerung zu einen.⁵⁶

Zivilgesellschaft ist die Arena, wo Intellektuelle tätig sein können. Sie sorgen für Legitimation und schaffen einen Konsens im Namen der regierenden Eliten. Es ist die Arena und Sphäre der Kultur, der Sitten, Werte und der Ort, um Wandel zu debattieren und herauszufordern.⁵⁷ In der Ukraine und anderen postkommunistischen Ländern wird die Intelligenz oft ignoriert; dies war insbesondere in den ersten beiden Jahren der Präsidentschaft Kutschmas der Fall. Die Intelligenz in der Ukraine ist häufig ukrainophon und nationaldemokratisch in ihren Ansichten (z.B. der Kongreß der Ukrainischen Intelligenz und der Schriftstellerverband). Im Gegensatz dazu ist das Fehlen einer Intelligenz bei den Russophonen ein wesentlicher Hinderungsgrund für die Formulierung eigener Forderungen und die Mobilisierung einer Zivilgesellschaft.

Die Intelligenz trägt bei zur Schaffung von Werten der Zivilgesellschaft in der Ukraine. Aber es gibt wenig Kontakte zwischen der Intelligenz und der entstehenden Mittelklasse der „Neuen Ukrainer“, die weitgehend russischsprachig sind und indifferent gegenüber der ukrainischen Kultur und Sprache. Zur Schaffung einer Wertegemeinschaft ist es erforderlich, daß die Kluft zwischen der kulturellen Intelligenz und den „Neuen Ukrainern“ geringer wird. Beide gehören zur entstehenden ukrainischen Bourgeoisie, aber die „Neuen Ukrainer“ haben weithin kein Interesse an der ukrainischen Kultur, und ihr Engagement für die Schaffung eines liberaldemokratischen Staates und einer Marktwirtschaft ist höchst fragwürdig. Viele von ihnen haben ihr Kapital in der Schattenwirtschaft erworben, an deren Fortbestehen sie deshalb interessiert sind. Dies erklärt die Unterstützung vieler „Neuen Ukrainer“ für die zentristischen politischen Parteien und für den „Dritten Weg“ der Ukraine (siehe unten).

KOSMOPOLITISCHE STAATSBILDUNG?

Eine Gruppe von ukrainischen Wissenschaftlern und politischen Aktivisten weist die These zurück, daß nationale Identität oder ethno-kulturelle Faktoren irgendeine Rolle für die Zivilgesellschaft spielen. Sie glauben, daß es ausreichend ist, Zivilgesellschaft auf der Basis kosmopolitischer, liberaler, demokratischer Werte zu konstituieren. Malynkowitsch, zeitweise leitender Aktivist der Partei Interregionaler Block der Reformen und des SLOn Wahlblocks bei den Parlamentswahlen im März 1998 unterstützt die Idee der Schaffung einer einzigen politischen Nation in der Ukraine im „westeuropäischen Sinn“. Leider bleibt bei Malynkowitsch unklar, was eine po-

56 L. Nahorna, *Ukrajins'ka polityčna nacija*, (Anm. 21), S. 145.

57 Krishan Kumar, (Anm. 2), S. 382–383.

litische (Bürger) Nation im westeuropäischen Sinne ist. Er scheint zu glauben, daß dies ein rein kosmopolitisches Objekt ist, ohne ethno-kulturelle Faktoren. Wenn dies der Fall wäre, würde es gar keine Nationalstaaten geben, sondern eine große Gruppe von Menschen, vereint durch universale Werte. Er kontrastiert Westeuropa, wo Bürger und Bürger-Nation ein und dieselbe Sache seien, mit der Ukraine, wo die Nationalität die Basis der Zivilgesellschaft sei.⁵⁸ Diese Konfusion ist üblich unter Politikern und Wissenschaftlern im zentristischen Lager.⁵⁹ Sie nehmen an, daß ein „Bürger-Staat“ etwas ist, was man tatsächlich in der Praxis kreieren kann, und daß ein solcher Staat ohne definierende ethno-kulturelle Faktoren auskommt, sowohl hinsichtlich des Staates selbst wie auch der Zivilgesellschaft.

Bei anderen Gelegenheiten definieren die Kosmopoliten in der Ukraine einen „Bürger-Staat“ in der Ukraine als einen Staat, der auf zwei Staatssprachen und zwei Titularnationen (d.h. Ukrainer und Russen) aufgebaut ist. Dabei ist vollkommen unklar, warum ein Staat und eine Zivilgesellschaft mehr „bürgerschaftlich“ werden, wenn sie durch zwei ethno-kulturelle Kriterien definiert werden statt durch eins. In beiden Fällen ist doch der Bürger-Staat durch ethno-kulturelle Attribute definiert (d.h. ukrainische oder ukrainisch-russische).

Ukrainische Kosmopoliten wie Malynkowitsch sehen keinen Widerspruch darin, einerseits einen territorialen, verfassungsmäßigen Patriotismus der Ukraine (entsprechend Dolf Sternbergers „Verfassungspatriotismus“) zu unterstützen und andererseits für eine ostslawische, durch die russische Sprache und Kultur definierte ukrainische Staatlichkeit einzutreten. Aber man kann nicht beides haben. Man kann entweder Kosmopolit sein wie Sternberger und Habermas oder Anhänger einer alternativen ethno-kulturellen Definition der Ukraine.

Ein inklusiver Bürger-Staat ist einer, in dem jedermann Bürger werden kann und die bürgerlichen Rechte besitzt (etwa das Recht zu wählen), unabhängig von seiner ethnischen, geschlechtsmäßigen und anderen Zugehörigkeit. Staaten werden bei der Frage, ob sie Bürger-Staaten sind, nicht danach beurteilt, ob sie Regelungen für polyethnische Rechte unterstützen. Das New Yorker Freedom House definiert alle europäischen Länder außer Belarus als Bürger-Staaten, obwohl diese Staaten hinsichtlich der demokratischen Entwicklung sehr unterschiedliche Niveaus aufweisen.

58 Vladimir Malynkovič, *Čto mešacet formirovaniju graždanskogo obščestva v Ukraine?*, in: Viče, 9, 1999, S. 34–38. Westliche Wissenschaftler wie Dominique Arel und Andrew Wilson vertreten ähnliche Ansichten wie Malynkovič. Siehe ihre Studien: Ukraine – The Temptation of the Nationalizing State, in: Vladimir Tismaneanu (Hg.), *Political Culture and Civil Society in Russia and the New States of Eurasia*, Armonk N.Y., M. E. Sharpe, 1995, S. 157–188 und *Ukrainian Nationalism in the 1990s. A Minority Faith*, Cambridge, Cambridge University Press, 1997.

59 Ich behandle dies in meinem Aufsatz: *Defining the Political Community in Ukraine: State, Nation, and the Transition to Modernity*, in: T. Kuzio/R. S. Kravchuk/P. D’Anieri (Hg.), *State and Institution Building in Ukraine*, New York, St. Martin’s Press, 1999, S. 213–244.

Tatsächlich sind die Leistungen der Ukraine hinsichtlich des Aufbaus eines Bürgerstaates besser als die vieler westlicher Länder, auf die Malynkowitsch und viele seiner Kollegen als Beispiele hinweisen, die die Ukraine kopieren sollte. Frankreich, Griechenland und die Vereinigten Staaten lehnen selbst das Konzept der nationalen Minderheiten ab und betreiben assimilatorische Politik.⁶⁰

Die kosmopolitischen Ansichten treffen auf fruchtbaren Boden im zentristischen Lager, wo nach wie vor Konfusion darüber herrscht, was denn der Inhalt solcher Konzepte wie politische Gemeinschaft, Staatsbürgerschaft oder Zivilgesellschaft ist. Diese Uneinigkeit darüber, wie man die Staats- und Nationsbildung in Angriff nehmen soll und ob nationale Integration überhaupt erforderlich ist, spaltet das Lager der Reformer und unterminiert dadurch die politisch-wirtschaftlichen Reformen in der Ukraine.

TEILRÜCKZUG UND „DRITTER WEG“

Die Transition vom Kommunismus zur Demokratie in den 27 ehemals kommunistischen Staaten wird sich wohl länger hinziehen als früher angenommen. Eine Restauration des totalitären Systems oder des Imperiums in Ostmitteleuropa und der früheren UdSSR ist unwahrscheinlich; sogar in dem am meisten sowjetisch geprägten postkommunistischen Staat Belarus ist das Regime autoritär. Nach Gati liegt die Ursache für den von ihm so genannten „Teilrückzug“ darin, daß die frühere Anziehungskraft der Demokratisierung viel von ihrem Schwung verloren hat. Dieser Teilrückzug bringt eine Reihe autoritärer Regime hervor, steckengeblieben zwischen Totalitarismus und einer demokratischen Marktwirtschaft. Nach Gati sind nur in 7 der 27 postkommunistischen Staaten die Prozesse der Demokratisierung nicht zum Stillstand gekommen (die drei baltischen Staaten, Polen, Ungarn, die Tschechische Republik und Slowenien).⁶¹ Alle diese sieben Staaten verfügen über eine kräftige nationale Identität und Staatskapazität. Dennoch sind manche Wissenschaftler zurückhaltend, daraus den Schluß zu ziehen, daß schwache Staatskapazität und nationale Integration eine Rolle spielten und noch spielen beim „Teilrückzug“ in einigen Staaten einerseits und bei den anhaltenden Fortschritten der Demokratisierung in anderen.

Der Popularitätsverlust des demokratischen Wandels ist zum großen Teil auf die Unfähigkeit der postkommunistischen Staaten zurückzuführen, ökonomische und soziale Leistungen hervorzubringen. Das Gefühl, betrogen worden zu sein, und Zynismus sind in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitet. Außerdem „unterschätzten

60 Siehe T. Kuzio, *Nationalising States or Nation Building? A Critical Survey of the Theoretical Literature and Empirical Evidence*, in: *Nations and Nationalism*, Bd. 7, 2, 2001.

61 Charles Gati, *The Mirage of Democracy*, in: *Transition*, Bd. 2, 6, 22. 3. 1996, S. 6.

die meisten die der Transition innewohnenden Probleme und überschätzten das westliche Interesse zu helfen“.⁶² Viele postkommunistische Führer einschließlich jener, die mit Präsident Kutschma verbunden sind, haben deshalb nach einem „Dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus gesucht, der soziale Demokratie und nationalen Protektionismus (z.B. „Schutz der staatlichen Produzenten“) miteinander verbindet. Diese noble Anstrengung, die Schmerzen der Transition zu mildern, führt zu Stagnation beim Demokratisierungsprozeß und bringt ein autoritäres, korporatives System hervor, das weder kommunistisch noch kapitalistisch-demokratisch ist.

Gati glaubt, daß es deshalb weder eine vollständige Rückkehr zum sowjetischen System noch einen Sprung zur westlichen Demokratie und Marktwirtschaft geben wird. Mit anderen Worten, die Stagnation kann nicht mehr als „Transition“ bezeichnet werden, weil sie sich in keine Richtung bewegt. Diese semi-autoritäre Ordnung wird nicht der totalitären Vergangenheit ähnlich sehen. Statt dessen werden diese Systeme charakterisiert sein durch Einschüchterung, loyale Parteien, die um Privilegien buhlen, schlecht funktionierende Parlamente mit geringer Macht, halbfreie Medien mit Selbstzensur und staatlichen Eingriffen und eine Überregulierung der Wirtschaft.

Die Ukraine ist eines der Länder, in denen ein Teilrückzug stattgefunden hat. Dies ist das Ergebnis einer schwachen Staatskapazität, schwacher nationaler Integration und einer kaum entwickelten zivilen Gesellschaft. Patronage übt einen negativen Einfluß aus auf Wahlen, die Mobilisierung der Bürger und die Zivilgesellschaft. Durch das, was Birch „Nomenklatura-Privatisierung“ nennt, konnten frühere kommunistische Funktionäre politische in wirtschaftliche Macht umwandeln.⁶³ Patronage durch Amtsinhaber, Industriedirektoren und Parteiführer war besonders verbreitet während der Parlamentswahlen im Frühjahr 1994, die nach einem Mehrheitswahlrecht stattfanden. Dies geschah, bevor eine Privatisierung in größerem Umfang begonnen hatte, so daß die meisten Ressourcen noch in staatlicher Hand waren. Die Ukraine hat bis heute einen schwachen Staat und schwache Institutionen, was die Möglichkeiten reduziert, illegalen Klientelismus zu dokumentieren und zu kontrollieren. Politische Parteien sind weiterhin schwach und unfähig, die Interessen der Bürger zu verteidigen, sie haben wenig strategische Visionen oder die Fähigkeit, ihre politischen Ziele nachdrücklich zu verfolgen.⁶⁴

Diejenigen, die durch „Nomenklatura-Demokratisierung“ ins Parlament gelangt sind, werden höchstwahrscheinlich nicht Reformen unterstützen, sondern eher den amorphen „Dritten Weg“, den Präsident Kutschma seit 1995 geht und der einen Teilrückzug in der Ukraine bedeutet. Die Unfähigkeit des Parlaments, effektiv so-

62 Ebd., S. 9.

63 Sarah Birch, (Anm. 6), S. 43.

64 F.M. Rudyč et al., *Polityčna systema sučasnoj Ukrajinjy*, (Anm. 51), S. 317.

zio-ökonomische Probleme anzupacken, hat zu einem fortschreitenden Verfall des öffentlichen Vertrauens in Institutionen geführt; so werden die Wähler anfällig für Klientelismus bei Wahlen. Die weite Verbreitung dieser Praktiken „wird dazu führen, die organisierte Integration der Zivilgesellschaft in die Politik zu blockieren durch Interventionen an der Basis mit dem Ziel, Wähler zu kooptieren und ihren Zugang zu Strukturen zu begrenzen, die es ihnen ermöglichen würden, ihre Interessen zu artikulieren und deutlicher zu machen“. ⁶⁵ Birch glaubt, daß „Wahl-Klientelismus“ jene politischen Verhältnisse konserviert, die in sowjetischer Zeit herrschten. ⁶⁶ Bei einer Umfrage im Januar 2000 verneinten 79% der Wähler die Frage, ob die Macht in den Händen des Volkes liegt, nur 12% stimmten zu (9% konnten keine Antwort geben). ⁶⁷

Obwohl Präsident Kutschma im Oktober 1994 ein relativ radikales Programm ökonomischer Reformer initiierte, strandete dies doch bald. Innerhalb eines Jahres begannen die ukrainischen Regierungen ⁶⁸ das zu wiederholen, was Kutschma nahe-stehende Ideologen forderten, nämlich die ukrainischen ökonomischen und politischen Reformen auf den „ukrainischen Weg“ zu gründen, der ein „Dritter Weg“ sein und nicht gänzlich aus dem Westen geborgt sein sollte. ⁶⁹ Regierende Eliten in schwachen Staaten neigen dazu, Korporatismus und den „Dritten Weg“ zu bevorzugen, Shu-Yun Ma nennt dies „transformativen Korporatismus“ (d.h. weder Markt- noch Staatswirtschaft). ⁷⁰ Das Ergebnis des ukrainischen „Dritten Weges“ in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre war ein stagnierender Reformprozeß in der Wirtschaft und zunehmend auch in der Politik. Der ukrainische „Dritte Weg“ konservierte alte Strukturen, minimierte sozialen Wandel, unterdrückte konstruktive

65 Sarah Birch, (Anm. 6), S. 57.

66 Ebd., S. 58.

67 Den', 18.1.2000.

68 Zum „ukrainischen Weg“ der Wirtschaftsreformen siehe Kapitel 5 in: T. Kuzio, *Ukraine under Kuchma. Political Reform, Economic Transformation and Security Policy in Independent Ukraine*, London, Macmillan, 1997, S. 137–178 und Volodymyr Zviglyanich, *State and Nation: Economic Strategies for Ukraine*, in: Sharon L. Wolchik/V. Zviglyanich (Hg.), *Ukraine. The Search for a National Identity*, Lanham ML, Rowman and Littlefield, 2000, S. 237–264.

69 Die Ideologie des „Dritten Weges“ wird als eine Ideologie definiert, die zwischen Kapitalismus und Kommunismus angesiedelt ist und die Elemente sozialer Sicherheit und staatlicher Regulierung enthält. Siehe Vasyl' Kremen'/Vasyl' Tkačenko, *Ukraina: Šljach do sebe: Problemy suspil'noji transformaciji*, Kyjiv, Druk, 1998, S. 263 und O.M. Volkov, *Polityčna ideolohija. Retrospektyvnyj analiz ta pryncypy funkcionuvannja v sučasnij Ukraini*, Kyjiv, Stylos, 1999, S. 99 und 101. Petro Toločko, stellvertretender Leiter der Nationalen Akademie der Wissenschaften und führendes Mitglied der Mitte-Links-Partei Hromada, lehnt sowohl den klassischen Liberalismus als auch den Sozialismus ab. Er glaubt statt dessen, daß die Zukunft eine Mischung der beiden ist (d.h. ein „Dritter Weg“). Siehe Šljach u XXI stolittja, in: *Holos Ukrainy*, 21.12.1999.

70 Shu-Yun Ma, *Comparing the Russian State and the Chinese State. A Literature Review*, in: *Problems of Post-Communism*, Bd. 47, 2, 2000, S. 6.

Herausforderungen der Politik der Mächtigen und erstickte die Zivilgesellschaft von unten. Statt Meinungsunterschiede und das Wachstum der Zivilgesellschaft zu begrüßen, „besteht das überragende Anliegen darin, soziale Konflikte zu verhindern, die von der etablierten oligarchischen Elite als illegitim angesehen werden“. ⁷¹ Das Ergebnis ist die Unterstützung für ökonomische Stagnation und das, was Sakwa „die Vergeblichkeit der Suche nach einem „Dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ genannt hat. ⁷²

Der amorphe „Dritte Weg“ bedeutet, daß die Ukraine in der Mitte zwischen Kapitalismus und Kommunismus stecken geblieben ist. Staatskapazität, nationale Integration und deshalb Zivilgesellschaft sind alle schwach, „es gibt zwar keine Konfrontation, aber es gibt auch keine Kooperation und kein Vertrauen“. ⁷³ Dieser Zwitter ist nicht in der Lage, soziale Wohlfahrt zu sichern, deklariert sich jedoch als Wohlfahrtsstaat, ist säkular, aber nicht atheistisch, hat annähernd einhundert politische Parteien, die meisten davon ohne Einfluß, und ist ökonomisch abhängig von Rußland, das die Eliten für das Hauptsicherheitsrisiko halten. Dieses Modell der postkommunistischen Transition „bemüht sich, das Gleichgewicht in der Gesellschaft zu bewahren und gleichzeitig sozialen Wandel zu minimieren“. Das Fehlen von Konflikten ist ohne Zweifel ein positiver Faktor. Allerdings hat dies seinen Preis, denn „es hat die ökonomische, soziale und politische Aktivität eliminiert“ durch das Ersticken von Zivilgesellschaft und Verantwortlichkeit. ⁷⁴ Das politische Regime der Ukraine kombiniert unterschiedliche Elemente der Demokratie, des Autoritarismus, der Anarchie und der Oligarchie. Das Regime proklamiert viele Rechte (z.B. in der Verfassung), aber sie haben wenig Beziehung zur Realität. Die Medien werden manipuliert und manche Journalisten praktizieren Selbstzensur. Transparenz und Verantwortlichkeit sind begrenzt, weil „nur eine kleine Schicht der Bevölkerung wirklichen Zugang zur politischen Macht hat, während die absolute Mehrheit der Menschen dem aktuellen politischen Prozeß fremd gegenübersteht“. ⁷⁵ Zum Regime gehören auch Elemente der Unfehlbarkeit, der Intoleranz, des Mißtrauens gegenüber Intellektuellen, des Dogmatismus und einer primitiven politischen Kultur. Die Strukturlosigkeit eines Großteils der Gesetzgebung schafft ein Klima der legalen Anarchie.

Es gibt wenig Unterstützung für die Schaffung und Ausweitung der Zivilgesellschaft, weil dies von den regierenden Eliten als Bedrohung wahrgenommen wird.

71 Paul Kubicek, Variations on a Corporatist Theme: Interest Associations in Post-Soviet Ukraine and Russia, in: *Europe-Asia Studies*, Bd. 48, 1, 1996, S. 36.

72 Richard Sakwa, (Anm. 22), S. 53.

73 F. M. Rudyč et al., Polityčni struktury ta procesy v súčasnej Ukrajině, (Anm. 51), S. 33.

74 Evhen I. Golovakha, Popular Social and Political Attitudes, in: Wolchik/Zvigliyanich (Hg.), (Anm. 68), S. 201–202.

75 Volodymyr Polokhalo et al., Post-Communist Ukraine: Contradictions and Prospects for Socio-Political Development, in: *Polityčna Dumka/Political Thought*, 1, 1993, S. 120.

Statt Gellners „modularen Menschen“ gibt es überall diejenigen, für die kein Wertesystem existiert: „Sie meinen stets die anderen, und am Ende gehören sie zu keiner Gesellschaft und haben mit niemandem etwas gemeinsam.“⁷⁶ Die Mehrheit der Gesellschaft ist von den Mächtigen abgeschnitten; dennoch hängen viele von ihnen nach wie vor vom Staat ab, wie in der sowjetischen Ära. Der einzelne hat keine durchsetzbaren Rechte gegenüber Amtspersonen, und die frühere sowjetische Wirtschaft ist unter die Oligarchen aufgeteilt worden. Politische Eliten, Schattenwirtschaft und organisierte Kriminalität sind eng miteinander verbunden. Politik wird dominiert von nomenklatura-korporativen Klans in einer Symbiose aus Oligarchie und Autoritarismus.

Vier Faktoren sprechen gegen ein erfolgreiches und rasches Ergebnis der politischen und ökonomischen Transition der Ukraine und die Überwindung des Teilerückzugs:

1. die feste Etablierung der früheren Nomenklatura und der gegenwärtig regierenden oligarchischen Klasse, die nur an der Vermögensabschöpfung und dem Weiterverkauf von Gütern ins Ausland interessiert ist. Das oligarchische Regime begünstigt ein korporatives System, das das Wachstum der Zivilgesellschaft erstickt;
2. die Angst, die Staatlichkeit zu verlieren, was auf der vergangenen Erfahrung, realen inneren Spaltungen und einer potentiellen russischen Bedrohung beruht, arbeiten zugunsten einer korporativen Konsens-Politik (*zlahoda*), nicht zugunsten eines Pluralismus. In den frühen Jahren der ukrainischen Unabhängigkeit versuchte Präsident Krawtschuk, das rechte Zentrum dadurch zu neutralisieren, daß er es dazu aufrief, alle Kraft der Staatsbildung zu widmen, d.h. sich um ihn zu scharen. Dies führte zu einer Spaltung der Nationaldemokraten in diejenigen, die Krawtschuk unterstützten (der Kongreß der Nationaldemokratischen Kräfte) und jene, die in „konstruktiver Opposition“ zu ihm standen (Ruch und Neue Ukraine);
3. die Ukraine ist eine typische delegierte Demokratie, wo die Bürger zwischen den Wahlen passiv bleiben.⁷⁷ Diese demokratische Legitimität wird genutzt, um autoritäre korporative Politik zu machen und zu rechtfertigen. Der Rechtsstaat ist schwach, die Institutionalisierung demokratischer Normen ist oberflächlich,

76 V. Polokhalo, *Politohija postkomunistyčnych suspil'stv v Ukrajinі i Rosiji*, in: *Polityčna Dumka*, 2, 1998, S. 16.

77 Guillermo O'Donnell, *Delegative Democracy*, in: *Journal of Democracy*, Bd. 5, 1, 1994, S. 55–69. Die delegierte Demokratie ähnelt Joseph Schumpeters „Elite-Demokratie“, in der die Bürger die Verantwortlichen wählen und abberufen, aber in der Zeit zwischen den Wahlen passiv bleiben.

die historische Erfahrung mit Demokratie ist schwach⁷⁸, und die Exekutive stellt sich als etwas dar, das über der Parteipolitik steht. Dies alles hat einen negativen Einfluß auf die Möglichkeit der Zivilgesellschaft, für sich Raum zu finden, innerhalb dessen sie wirksam funktionieren und wachsen kann. Deshalb sind zwischen den Wahlen Zivilgesellschaft und öffentliche Aktivität schwach und in der Regel vom Entscheidungsprozeß ausgeschlossen. Delegierte Demokratie vereitelt demokratische Konsolidierung, weil sie die Institutionalisierung von Demokratie behindert. Kubicek argumentiert, daß es sich um self-fulfilling prophecy handelt: Die delegierte Demokratie „entsteht inmitten von Klagen, daß andere Institutionen schwach sind, und dann schafft sie Verhältnisse, die die Institutionen weiter schwächen und so ihre Fortexistenz erforderlich machen“⁷⁹;

4. die Überzentralisierung des Staates ist ein Erbe sowohl des sowjetischen politischen Systems wie auch der Furcht der Ukraine, ihre Unabhängigkeit durch einen Zerfall des Landes zu verlieren. Überkommene gespaltene Loyalitäten, multiple Identitäten und eine schwache nationale Integration werden als Bedrohung für die nationale Sicherheit der Ukraine wahrgenommen. Die regierenden Eliten fürchten, daß Dezentralisierung den Regionalismus stärken oder sogar zum Separatismus führen könnte; sie gilt deshalb als verfrüht in der Periode der Nationalstaatsbildung. Überzentralisierung tendiert dazu, Zivilgesellschaft und politische Aktivität auf lokaler Ebene zu blockieren und dies führt zu einem geringen öffentlichen Interesse an Politik (vgl. Tabelle 1).⁸⁰

Tabelle 1: Interesse an Politik

	1994	1995	1996	1997
totales Desinteresse	27.2	29.2	30.4	28.7
ziemliches Desinteresse	62.5	59.7	60	62
sehr interessiert	9.8	10.7	9.3	9.1
keine Antwort	0.6	0.4	0.3	0.3

Quelle: *Ukrainian Society, 1994–1997, Kyjiv, Democratic Initiatives, 1998.*

78 Wenn es eine Tradition der politischen Parteien gibt, dann ist Demokratisierung einfacher. Siehe A. Przeworski, *Some Problems in the Study of the Transition to Democracy*, in: G. O'Donnell/Philippe C. Schmitter/Laurence Whitehead (Hg.), *Transitions from Authoritarian Rule*, Baltimore, John Hopkins University Press, 1986, S. 61. Samuel P. Huntington schreibt, daß die politischen Führer nicht durch Willensentscheidungen und Geschick eine Demokratie schaffen können, wo die Voraussetzungen fehlen. Siehe seinen Artikel: *The Third Wave. Democracy in the Late Twentieth Century*, Norman, University of Oklahoma Press, 1993, S. 108. 23 von 29 Ländern, die Demokratisierung in der dritten Welle (1974–1990) erlebten, hatten vorher demokratische Erfahrungen. Die postsowjetischen Staaten können sich nicht auf solche demokratische Erfahrungen stützen, außer vielleicht im Fall der drei baltischen Staaten.

79 P. Kubicek, *Delegative Democracy in Russia and Ukraine*, in: *Communist and Post-Communist Studies*, Bd. 27, 4, 1994, S. 436.

80 Ebd., S. 438.

Die Bürger glauben nicht, daß sie die Macht haben, irgendetwas zu ändern. Gefragt, ob es möglich wäre, Demonstrationen zur Unterstützung der freien Presse oder gleicher Bedingungen für alle in der Wirtschaft zu organisieren, antworteten nur 32 bis 36% positiv, während 54 bis 56% glaubten, dies sei unwahrscheinlich.⁸¹ Dies wirkt negativ auf die Mobilisierungsmöglichkeit zur Unterstützung politisch-ökonomischer Reformen und steht in direkter Relation zum Grad der nationalen Integration und der Schwäche der Zivilgesellschaft.

Tabelle 2. Mitgliedschaft in der Zivilgesellschaft in der Ukraine

	1994	1995	1996	1997
Klub	2	1.7	1.6	1.5
Polit.Partei	0.7	0.6	0.5	0.4
Bewegung	0.4	0.3	0.4	0.4
Ökologie	1.3	1.7	0.9	0.6
Öffentl. Organisation	0.9	0.4	0.6	0.6
Gewerkschaft	6	5.2	3.3	2.9
Künstlerverband	1.2	0.8	0.4	0.1
Sportklub	3.2	2.5	2.7	3.3
Studentische Organisation	1.7	1.7	1.6	1.4
Religiöse Organisation	3	3.7	3.3	2.5
Bauern-Verband	0.7	0.3	0.2	0.2
Andere Organ.	0.7	1	1.1	0.3
Keine	82.2	84.1	86.7	88
Keine Antwort	0.9	0.1	0	0

Quelle: siehe Tab. 1

AMORPHER ZENTRISMUS, ZIVILGESELLSCHAFT UND NATIONALE INTEGRATION

Die Wahl zugunsten eines ukrainischen „Dritten Weges“ ist vielleicht verständlich, weil hier versucht wird, die ökonomischen Mühsale und Kosten in Grenzen zu halten und eine flächendeckende soziale Instabilität zu vermeiden. Als eine sozial unstrukturierte und national unkonsolidierte Gesellschaft neigen die Ukrainer dazu, den Zentrismus mehr als andere Ideologien zu unterstützen. Die Anhänger des „Dritten Weges“ gehören zu dieser zentristischen Gruppe, die sowohl das sozialdemokratische wie auch das liberale politische Spektrum umfaßt. Die größte Gruppe der Ukrainer (45%) gehört ideologisch zum linken Zentrum, soweit es um sozio-

81 Den', 8.12.1999.

ökonomische Fragen geht (d.h. weder eine Rückkehr zum Kommunismus noch eine Befürwortung des laissez faire-Kapitalismus).⁸²

Die Strukturlosigkeit der großen zentristischen Gruppe, die in den politischen Eliten seit 1994 dominiert, spiegelt sich wider im Fehlen einer klaren Richtung dessen, was die Eliten aufbauen wollen. Die „Dritte Weg“-Option erlaubt es, jede Entscheidung der zentralen Fragen zu verschieben: Ob man sich in der Außenpolitik Europa annähern will oder Eurasien, ob im Innern Kapitalismus oder eine Mischung aus Kapitalismus und Sozialismus aufgebaut werden soll. Die Adepten des „Dritten Weges“ wollen das beste aus beiden Welten. Diese Strukturlosigkeit ist von Subtelny als das „Fehlen eines ideologischen Kompasses“ bei den Eliten beschrieben worden. „Im 20. Jahrhundert findet man selten einen neuen Staat, der ohne ideologische Anleitung entstanden ist und sich entwickelt.“ Der Mangel eines „ideologischen Kompasses“ hat zur Unentschiedenheit in der Wirtschaft, in der Politik und in der Außenpolitik geführt.⁸³ Ohne einen „ideologischen Kompaß“ kann sich Zivilgesellschaft in der Ukraine nicht entwickeln, weil die herrschenden Eliten nach wie vor unsicher darüber sind, was sie aufbauen, und sie können sich nicht auf eine Wertegemeinschaft einigen, auf der eine Zivilgesellschaft basieren könnte.

Nur die Kommunisten, Sozialisten, die rechtszentristische Ruch und die extremen Nationalisten haben klare Ideologien, während die zentristischen Parteien nur über amorphe Programme verfügen.⁸⁴ Tocquevilles Einteilung der Parteien in „ideologische“ und „interessengebundene“ Typen ergibt ein „ideologisches“ Spektrum (die Linke, Ruch und die Nationalisten) und „interessengebundene“ Parteien (Zentristen).⁸⁵ Diese zentristischen Parteien und Gruppierungen im Parlament (Solidarität, Wiedergeburt der Regionen, Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Ukraine, Volksdemokratische Partei der Ukraine, Liberale Partei der Ukraine, Werktätige Ukraine) haben enge Beziehungen zu Exekutive und zur Wirtschaft und sind deshalb als die „oligarchischen“ Parteien der Macht bezeichnet worden.⁸⁶ Sie sind die hauptsächlichlichen Stützen des korporativen Staats in der Ukraine.

82 Den', 12. 8. 1997.

83 Orest Subtelny, *The Ambiguities of National Identity*, in: Wolchik/Zviglyanich (Hg.), (Anm. 68), S. 16. Die ukrainische Verfassung lehnt die Konzeption einer Staatsideologie ab. Wir beziehen uns hier nicht auf eine Ideologie einer bestimmten politischen Partei, sondern auf den ideologischen Aufbau einer Wertegemeinschaft, die eine politische Gemeinschaft zusammenhält. Zu einer früheren Diskussion dieser Frage siehe O. L.Valevs'kyj, *Ukrainina na šljachu do ideolohičnoji identyfikaciji*, Kyjiv, Nationales Institut für Strategische Studien, 1994.

84 Kievskie vedomosti, 27.1.1998.

85 Seymour M. Lipset, *The Indispensability of Political Parties*, in: *Journal of Democracy*, Bd. 11, 1, 2000, S. 49.

86 *Interest Groups in Ukraine's Political System and Their Realization of the European Option*, Ukrainisches Zentrum für Frieden, Konversion und Außenpolitik der Ukraine, Kyjiv, Occasional Report 26, August 2000.

Die amorphe Identität der Russophonen bringt eine schwache Zivilgesellschaft hervor, schafft die Bedingungen für eine delegierte Demokratie und erschwert nationale Integration. Die Russophonen werden nur während der Parlaments- und Präsidentenwahlen alle vier bis fünf Jahre aktiv. Zwischen den Wahlen treten sie zurück zugunsten jener mit einer besser entwickelten Identität, nämlich „der besser organisierten und besser motivierten ukrainophonen Nationalisten“.⁸⁷ Die Zivilgesellschaft ist aktiver in der westlichen und zentralen Ukraine, wo die Ukrainer die städtischen Zentren kulturell und demographisch dominieren.⁸⁸ Wie Habermas bemerkt hat, politische Mobilisierung erfordert eine „Nation selbstbewußter Bürger“.⁸⁹ Ohne gesellschaftliche Kultur (d.h. nationale Identität) kann es keine individuelle Wahl geben, weil nach Kymlicka Freiheit und Identität von Kultur abhängen.⁹⁰ Der Mangel an kultureller Eigenständigkeit beeinträchtigt die Kapazität der Russophonen, an der Zivilgesellschaft zu partizipieren. Auf der Krim, wo die ethnische russische Identität eine Basis hat, gab es eine gesellschaftliche Mobilisierung, während die Russophonen im Donbas durch eine schwache zivilgesellschaftliche Aktivität hervorstechen.⁹¹ Wilson erklärt dies: „Ohne eine klare Identität wird darüber hinaus diese Situation wahrscheinlich fortbestehen. Charakteristischerweise haben beide, die ethnischen Russen und die russophonen Ukrainer, Schwierigkeiten gehabt, soziale Bewegungen und politische Parteien aufzubauen, ohne den relativen Vorteil symbolischer und institutioneller Ressourcen, die den Ukrainophonen zur Verfügung stehen.“⁹² Die aktivsten ethnisch-russischen Bürgerorganisationen gibt es genau an jenen Orten, wo nationale Identität klare Konturen hat. Russische Kulturinstitutionen existieren in der westukrainischen Stadt Lemberg so zahlreich wie

87 Graham Smith/Andrew Wilson, *Rethinking Russia's Post-Soviet Diaspora: The Potential for Political Mobilisation in Eastern Ukraine and North-East Estonia*, in: *Europe-Asia Studies*, Bd. 49, 5, 1997, S. 855.

88 *Kievskie vedomosti*, 19.2.1998. Siehe auch M. Rjabčuk, *Suspil'stvo i nacional'na emancipacija*, in: *Filosofska i sociolohična dumka*, 12, 1991, S. 18 und Myroslav Popovyč, *Hromadians'ke suspil'stvo Ukrajinjy: Pidsumky XX stolittja*, in: *Den*, 31.12.1999.

89 Jürgen Habermas, (Anm. 24), S. 285.

90 Will Kymlicka, (Anm. 33), S. 75. Eine gesellschaftliche Kultur ist eine Kultur, „die ihren Mitgliedern bedeutende Entfaltungsmöglichkeiten des Lebens bietet und dabei das ganze Spektrum menschlicher Aktivitäten umfaßt, einschließlich Bildung, Religion, Erholung und Wirtschaftsleben, sowohl im öffentlichen als auch privaten Bereich“, W. Kymlicka, S. 76.

91 Siehe T. Kuzio/David Meyer, *The Donbas and Crimea: An Institutional and Demographic Approach to Ethnic Mobilisation in Two Ukrainian Regions*, in: Kuzio/Kravchuk/D'Anieri (Hg.), (Anm. 59), S. 297–324.

92 A. Wilson, *Redefining Ethnic and Linguistic Boundaries in Ukraine: Indigenes, Settlers and Russophones*, in: G. Smith/Vivien Law/A. Wilson/Annette Bohr/Edward Allworth, *Nation-Building in the Post-Soviet Borderlands. The Politics of National Identities*, Cambridge, Cambridge University Press, 1998, S. 135.

nirgendwo sonst in der Ukraine.⁹³ Die Russen sind also nur dort aktive Teilnehmer an der Zivilgesellschaft, wo sie eine klare nationale Identität besitzen.

Die nationale Frage beeinflusst die ukrainische politische und Zivilgesellschaft auch in einer anderen wichtigen Weise. Das überkommene Erbe lokaler, multipler und russophoner Identitäten bei einer großen Zahl von Bürgern behindert die Evolution auf dem linken Flügel des politischen Spektrums. Wenn die Titularnation in der Ukraine nicht gespalten wäre, sondern einheitlich wie etwa in Polen oder Litauen, hätte sich die Linke in Richtung auf eine staatsbezogene und sozialdemokratische Ideologie entwickelt. In Polen unterstützt der postkommunistische Präsident Kwasniewski die Mitgliedschaft seines Landes in der Nato sowie politische und ökonomische Reformen.

Die Kommunistische Partei der Ukraine verbleibt auf der äußersten Linken, verfügt über mehr als ein Viertel der Wählerstimmen und vertritt eine Ideologie, die sowohl die staatliche Unabhängigkeit als auch die Schaffung einer ukrainischen politischen Nation ablehnt und tritt statt dessen für die Mitgliedschaft der Ukraine in einer erneuerten UdSSR ein. Dies verhindert die Entwicklung einer Linken, die der ukrainischen staatlichen Unabhängigkeit verpflichtet wäre, und verhindert, daß andere linke Parteien wie die Sozialisten sich dem linken Zentrum anschließen, weil sie fürchten, daß sie Wählerstimmen verlieren könnten.⁹⁴ Die Präsenz einer großen politischen Kraft, die den Gedanken der ukrainischen staatlichen Unabhängigkeit ablehnt, wirkt sich negativ auf die nationale Integration und die Zivilgesellschaft aus. Die kommunistische Bedrohung für die ukrainische Unabhängigkeit ist andererseits nützlich für die herrschenden Eliten, weil sie dadurch die Unterstützung der Reformparteien erlangen. Der Führer der Kommunistischen Partei Symonenko erreichte bei den Präsidentschaftswahlen im November 1999 die zweite Runde. Vor die Wahl gestellt zwischen Kutschma und Symonenko, entschied sich ein Großteil der Wähler für den ersteren in Ermangelung eines besseren Kandidaten, weil die Wähler die Rückkehr der kommunistischen Vergangenheit und den Verlust staatlicher Unabhängigkeit nicht wollten. Wenn der gemäßigte Führer der Sozialistischen Partei Moros in die zweite Runde gekommen wäre, hätten die Wähler eine echte Alternative gehabt zwischen Kutschma, der im Wahlkampf keinerlei Erfolge auf sozio-ökonomischem Feld vorweisen konnte, und einer klaren sozialistischen Position, die zugleich engagiert für die staatliche Unabhängigkeit eintritt. Bei einem sol-

93 Jan G. Janmaat, *Language Politics in Education and the Response of the Russians in Ukraine*, in: *Nationalities Papers*, Bd. 27, 3, 1999, S. 494.

94 A. Wilson, *The Ukrainian Left: In Transition to Social Democracy or Still in Thrall to the USSR?*, in: *Europe-Asia Studies*, Bd. 49, 7, 1997, S. 1293–1316 und *The Long March of the Ukrainian Left: Backwards Towards Communism, Sideways to Social-Democracy or Forwards to Socialism?*, in: *The Masaryk Journal*, Bd. 3, 1, 2000, S. 122–140.

95 Siehe Vicki L. Hesli/William M. Reisinger/Arthur H. Miller, *Political Party Development in Divided Societies: The Case of Ukraine*, in: *Electoral Studies*, Bd. 17, 2, 1998, S. 235–256.

chen Szenario hätte Kutschma nur jene Stimmen erhalten, die ihm tatsächlich den Vorzug gaben, ohne alle jene Stimmen, die er als das geringere Übel erhielt.

RESÜMEE

Dieser Beitrag hat die Gründe für die schwache Zivilgesellschaft in der Ukraine untersucht und dies in Beziehung gesetzt zur schwachen Staatskapazität und unzureichenden nationalen Integration. Der Ukraine fehlen viele Elemente, die notwendig sind, um eine robuste Zivilgesellschaft zu schaffen: eine Wertegemeinschaft, Staatskapazität, eine überwölbende nationale Identität, Eliten, die sich sorgen um das Gemeinwohl und das Vertrauen in der Gesellschaft. Das Fehlen dieser Elemente verhindert die Entwicklung einer funktionierenden Zivilgesellschaft, die helfen könnte, die Gesellschaft zur Unterstützung von Demokratisierung und Marktwirtschaft zu mobilisieren.

Die Schwäche der Zivilgesellschaft hängt auch zusammen mit der Strukturlosigkeit einer großen Gruppe von Eliten und Bürgern, die in der Regel als Zentristen bezeichnet werden. Dieser Zentrismus unterstützt einen „ukrainischen Dritten Weg“, der die Gesellschaft und den Staat in einer korporativen Beziehung einfriert und in einem „Teilrückzug“ steckenbleiben läßt. Die Ukraine bewegt sich deshalb weder vorwärts in Richtung auf die Demokratie (wie in den baltischen Staaten) noch rückwärts in Richtung auf die totalitäre Vergangenheit (wie Belarus). Ohne daß Staatsbildung und nationale Integration Fortschritte machen, ist es unwahrscheinlich, daß die Zivilgesellschaft und die Demokratisierung in der Ukraine vorankommen.

Aus dem Englischen übersetzt von Gerhard Simon